

Schlussbericht zuhanden des EBG

Wissenschaftliche Begleitstudie «Einsatz technischer Hilfsmittel im Rahmen der Prävention Häuslicher Gewalt»

Projektnummer: 23-008

Organisation, Kontaktperson

Universität Bern
Institut für Strafrecht und Kriminologie
Schanzeneckstrasse 1, Postfach, 3001 Bern
Kontakt: Jonas Weber, Projektleiter (jonas.weber@unibe.ch)

Ziele und Projektaktivitäten

Das Projekt zielt darauf ab, den Schutz von Opfern häuslicher Gewalt zu verbessern, indem untersucht wird, inwiefern Mittel der elektronischen Überwachung («Electronic Monitoring»; EM) wirksam zur Prävention von Gewaltstraftaten beitragen können.

Im Rahmen der *ersten Projektphase* sollen Pilotprojekte zum Einsatz technischer Mittel im Kontext der Prävention von häuslicher Gewalt begleitet und ausgewertet werden, die im Anschluss an den Strategischen Dialog zu häuslicher Gewalt und der Verabschiedung der Roadmap von Bund und Kantonen (30. April 2021) von den Kantonen umgesetzt wurden. Die wissenschaftliche Begleitstudie soll den Kontext und die Praxis darstellen, Gelingensbedingungen dokumentieren, die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar machen und Möglichkeiten und Grenzen des heutigen Einsatzes von technischen Mitteln in realen Fällen analysieren mit einem Fokus auf technische und umsetzungspraktische Aspekte. Die Studie soll damit Grundlagen- und Handlungswissen für zukünftige Entwicklungen und Anpassungen der Anwendung technischer Mittel im Kontext der Prävention von häuslicher Gewalt liefern.

In der *zweiten Projektphase* («Wissenstransfer») sollen die Ergebnisse und Entwicklungshinweise der Studie analysiert und in Fachkreisen veröffentlicht werden, um das Bewusstsein für den Einsatz technischer Mittel im Kontext häuslicher Gewalt zu fördern. Mit dem Wissenstransfer soll zusammengefasst ein Beitrag geleistet werden zu

- einer stärkeren Vernetzung der behördlichen Stellen,
- einer Optimierung und Weiterentwicklung der Praxis,
- einer allgemeinen Sensibilisierung (Gesellschaft, Politik, Verwaltung) bzgl. häuslicher Gewalt und von Einsatzmöglichkeiten technischer Mittel in diesem Kontext
- und damit insgesamt einer Verbesserung der Situation betroffener Personen.

Zur Erreichung dieser Ziele wurde für die *erste Phase* (2024) eine qualitative, explorative Methodik gewählt. In dieser Phase waren Akteur:innen aus insgesamt zehn Kantonen (BE, NE, JU, BL, GE, VD, ZH, SG, TG, TI) beteiligt. Es wurden Fachpersonen aus Justizvollzug, Strafverfolgung, Gerichten, Polizei, Opferhilfe, Bewährungshilfe, Bedrohungsmanagement und technische EM-Stellen sowie überkantonale Akteur:innen (der KKJPD, der SKHG und des Vereins EM) einbezogen. In einem Fall konnte die Perspektive einer zu schützenden Person erhoben werden. Die zentralen Projektaktivitäten umfassten:

- systematische Internet- und Literaturrecherchen zur Aktualisierung des Wissensstands;
- Analyse zahlreicher interner und externer Dokumente zu kantonalen Pilotprojekten;
- Erhebung und Aufarbeitung realer Fallkonstellationen aus zehn Kantonen;
- Durchführung von 28 teilstandardisierten Expert:inneninterviews und eines Gesprächs mit einer betroffenen Person;
- Beobachtung von Live-Simulationen elektronischer Überwachungssysteme;
- Auswertung dieser Erhebungen und Identifikation von Entwicklungspotenzial;
- Verfassen eines Schlussberichts.

In der *zweiten Phase* (2025) wurde auf dieser Grundlage der Wissenstransfer eingeleitet, in welchem die Ergebnisse schrittweise für die Forschungsteilnehmenden, das Praxisfeld und die Öffentlichkeit zugänglich und nutzbar gemacht wurden. Die zentralen Projektaktivitäten umfassten:

- Fokusgruppeninterviews mit Expert:innen zu den Erkenntnissen aus der ersten Phase;
- mündliche und schriftliche Beiträge in verschiedenen Gefässen (Praxis, Wissenschaft, Lehre);
- Organisation und Durchführung des Symposiums «Elektronische Überwachung als Mittel zur Prävention von häuslicher Gewalt – Möglichkeiten, Herausforderungen und Chancen»;
- Erstellen «Überblick über die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz von Electronic Monitoring bei häuslicher Gewalt in StGB, StPO und ZGB»;
- Konzeptualisierung und Aufbau einer Weiterbildungsveranstaltung zum Thema «Einsatz von Electronic Monitoring bei häuslicher Gewalt»;
- Aufbau einer Dokument-Austauschplattform für involvierte Stellen;
- Erteilung von Auskünften zur Begleitstudie und koordinierte Medienarbeit.

Ergebnisse und Resultate

Alle oben aufgeführten Projektaktivitäten wurden erfolgreich durchgeführt.

Zentrale Erkenntnisse der Begleitstudie:

- Vielfalt der Anwendungsbereiche: Technische Hilfsmittel können in unterschiedlichen rechtlichen Kontexten eingesetzt werden (zivilrechtlich, strafprozessual, strafrechtlich, polizeirechtlich), was zu unterschiedlichen Zielsetzungen, Verfahren und Zuständigkeiten führt.
- Rechtsgrundlagen: Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz technischer Hilfsmittel tragen wesentlich zu deren Wirksamkeit bei. Momentan sind die verschiedenen rechtlichen Grundlagen, Verfahren und Schnittstellen in der Schweiz aber nur schwer überschaubar. Die rechtlichen Grundlagen müssen daher geklärt und, wenn nötig, angepasst werden, damit die technischen Möglichkeiten gezielt und rechtssicher genutzt werden können.
- Überwachungsformen: Zum Einsatz kommen passive, aktive und dynamische Formen des Electronic Monitoring sowie Notfallgeräte für zu schützende Personen. Dynamische und aktive Formen werden von vielen Fachpersonen als besonders schutzwirksam eingeschätzt.
- Bedeutung der Zusammenarbeit: Der Einsatz technischer Mittel erweist sich als komplexes, interdisziplinäres Handlungsfeld. Eine enge, gut koordinierte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen wird als zentrale Gelingensbedingung identifiziert.
- Situativer Einsatz: Die Wirksamkeit technischer Massnahmen hängt stark von der konkreten Fallkonstellation, der Eignung der beteiligten Personen und der klaren Definition von Schutzziele ab. Eine sorgfältige Eignungsabklärung ist entscheidend.
- Ermächtigung gewaltbetroffener Personen: Insbesondere dynamische Überwachungen und Notfallgeräte können das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen und zur Wiedergewinnung von Autonomie beitragen, sofern die betroffenen Personen gut vorbereitet und begleitet werden.

- Kommunikation als Schlüssel: Klare, transparente und sensible Kommunikation gegenüber gefährdenden und zu schützenden Personen sowie gegenüber Öffentlichkeit und Politik ist wesentlich für Akzeptanz und Wirksamkeit der Massnahmen.
- Ressourcenabhängigkeit: Aktive und dynamische Überwachungen sind ressourcenintensiv. Gleichzeitig können Synergien mit bestehendem Bedrohungsmanagement und Erfahrungstransfer zu Effizienzgewinnen führen.
- Erwartungen: EM und Notfallgeräte können Risiken reduzieren und neue Optionen für den Schutz gewaltbetroffener Personen eröffnen. Die realistischen Möglichkeiten und Grenzen müssen aber offen thematisiert werden.

Empfehlungen für ähnliche Projekte

Die Erfahrungen überwachter Personen (gefährdender und zu schützender Personen) wurden in der vorliegenden Studie, bis auf einen Fall, mittelbar über Einschätzungen durch involvierte Fachstellen und Fachpersonen erhoben. Es scheint uns wichtig, diese Erfahrungen auch unmittelbar bei direktbetroffenen Personen umfassender zu erheben und dokumentieren. Die subjektiven Einschätzungen des Nutzens, der Funktionalität und der möglichen Einschränkungen von staatlichen Massnahmen durch direktbetroffene Personen sind massgeblich für deren Wirksamkeit und Erfolg.

Materialien, Angebote und Informationen

Weiterführende Informationen:

- [Website der Universität Bern](#) zu den Projekten im Themenbereich «Electronic Monitoring im Kontext häuslicher Gewalt»
- [Website des Vereins Electronic Monitoring](#)

Öffentlich verfügbare Dokumente:

- Schlussbericht vom 25. Oktober 2024 ([Deutsch](#); [Französisch](#))
- Jann Schaub / Jonas Weber, Electronic Monitoring zur Prävention von Häuslicher Gewalt, in: Jusletter 20. Oktober 2025 ([Artikel](#))
- Jann Schaub, Referat «Einsatz von EM zur Prävention von häuslicher Gewalt (Begleitstudie) vom 27. Juni 2025 ([Folien](#)) anlässlich des 60. Kolloquiums der Südwestdeutschen und Schweizerischen Kriminologischen Institute und Lehrstühle ([Tagungsbericht](#) auf LinkedIn)
- Symposium zum Thema «Elektronische Überwachung als Mittel zur Prävention von häuslicher Gewalt – Möglichkeiten, Herausforderungen und Chancen» vom 18. November 2025 an der Universität Bern

Bern, Januar 2026

Unterstützt durch:



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG
Finanzhilfen